

NATIONALRAT
Frühjahrssession 1953

Kleine Anfrage Arnold-Basel vom 1. Dezember 1952.

Ist dem Bundesrat bekannt, dass die vom Bund als Berufsschule subventionierte "Handelshochschule" in St. Gallen im Winter 1952/53 einen Vortragszyklus durchführt mit dem Thema: "Die Integration des europäischen Westens"?

Ist dem Bundesrat bekannt, dass dabei als Hauptredner vorgesehen sind die HH. A. de Gasperi, zur Zeit italienischer Ministerpräsident, und Robert Schuman, der derzeitige Aussenminister Frankreichs?

Ist der Bundesrat auch der Meinung, es sei nicht Sache von Mitgliedern ausländischer Regierungen, in der innerschweizerischen Werbetätigkeit aufzutreten zugunsten des Beitritts der Schweiz zu Instrumenten der sogenannten Integration, wie Europarat in Strassburg und Atlantikpakt-Allianz?

Hält der Bundesrat diesen persönlichen Einsatz von Mitgliedern ausländischer Regierungen für erwünscht bei Entscheiden, die das Schweizervolk, seine Parlamente und seine Behörden zu treffen haben?

Antwort des Bundesrates.

Der Bundesrat hat vernommen, dass die Handelshochschule in St. Gallen während des Winters 1952/53 eine Reihe von Vorträgen über das generelle Thema der Integration Westeuropas organisieren werde und sich an drei schweizerische und vier ausländische Redner gewendet habe, mitunter an Herrn de Gasperi, Präsident des italienischen Ministerrats, und Herrn Robert Schuman, ehemaliger französischer Aussenminister. Der zuerst Erwähnte werde über die kulturellen Aspekte der Integration Europas, der Zweite über die politischen Aspekte sprechen. Die Handelshochschule hat von Anfang an deutlich erklärt, dass der Zweck dieser Vorträge darin bestehe, die schweizerische Öffentlichkeit über Gegenwartsprobleme von grosser Bedeutung für unser Land zu orientieren.

Sowohl Herr de Gasperi als auch Herr Schuman kennen die Schweiz und sind über ihre Lage als neutraler Staat und ihre traditionelle Politik unterrichtet. Unserem Lande gegenüber haben sie stets Beweise freundschaftlicher Gefühle und des Verständnisses bekundet. Selbst wenn sie die Idee einer Integration Europas, der Beide huldigen, nachhaltig vertreten, besteht kein Grund zur Annahme, dass sie für den Beitritt der Schweiz, sei es zum Europarat oder zum Atlantikpakt, Propaganda machen und sich in unsere internen Angelegenheiten einmischen, indem sie in irgendeiner Form in die Entscheidungen, die vom Schweizervolk oder seinen Behörden getroffen werden müssen, eingreifen.

Uebrigens müssen zur Zeit weder das Schweizervolk noch seine Behörden einen Beschluss fassen über den Beitritt der Schweiz zum Europarat oder zum atlantischen Pakt.

Der Bundesrat ist daher der Auffassung, dass die von der Handelshochschule organisierten Orientierungsvorträge zu keinen Einwänden Anlass geben, jedoch die Zuhörer und die schweizerische Öffentlichkeit interessieren können.